



Wien unter Druck: Mietpreiserhöhung droht trotz Wohnungsnot!

Aktuelle Kritik an der Mietpreisbremse in Wien: FPÖ-Obmann Nepp fordert drastische Senkungen der Gemeindewohnungsmieten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In der aktuellen Diskussion über die Mietpreise in Wien kritisieren die Freiheitlichen die vom Bundelleitungs- und Koalitionspartner SPÖ vorgelegte Mietpreisbremse scharf. FPÖ-Obmann Dominik Nepp bezeichnet diese Maßnahme als unzureichend, da sie lediglich als schwaches Instrument zur Regulierung der Mietpreise dient. Er fordert, dass die Mieten im Gemeindebau deutlich gesenkt werden sollten. Laut Nepp profitiere Wiener Wohnen mit seinen 220.000 Wohnungen weiterhin von den steigenden Mietpreisen, und die Gemeindewohnungsmieter blieben die großen Verlierer dieser Immobilienpolitik. „Die SPÖ sackelt die Gemeindewohnungsmieter weiter aus“, stellt Nepp klar, während er auf die bedeutenden Ansprüche hinweist, die durch die Mietpreisbremse nicht erfüllt werden., **schreibt APA-OTS.**

Ab April 2025 werden die Mieten in Wien jedoch auch wieder erhöht, da die Mietpreisbremse für einige Mietgruppen nicht greift. Im Jahr 2024 waren die Mieterhöhungen für Richtwert- und Kategoriemieten ausgesetzt, jedoch entfällt diese Regelung. Künftig ist die Mieterhöhung auf maximal fünf Prozent begrenzt, während die Erhöhung an die durchschnittliche Inflationsrate des Vorjahres angepasst wird. **Diese Neuordnung könnte dazu führen, dass bereits teure Mietwohnungen weiter ansteigen, während die weniger geschützten Wohnungen**

zusätzlich unter Druck geraten. Der Kategoriemietzins gilt zudem nur für ältere Mietverträge und betrifft nicht alle Mieter. Somit könnte es für einen Teil der Bevölkerung kaum spürbare Verbesserungen geben, während die Mieten insgesamt ansteigen.

Diese Situation schafft Unmut, gerade in einer Zeit, in der viele Wiener mit den hohen Lebenshaltungskosten kämpfen. Die FPÖ sieht sich in ihrer Kritik bestätigt und fordert tiefgreifendere Maßnahmen zur Entlastung der Mieter. Die aktuelle Politik, so Nepp, belaste die Bevölkerung und komme letztlich zu spät.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.vienna.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at